

Leben nach Migration

Newsletter des Migrationsrats Berlin-Brandenburg e. V.

Neue Geschäftsführung ab Februar 2012

Inhalt:

Seite 1

Neue Geschäftsführung ab Februar 2012

Seite 2 / 3

Fallbeispiel – Interview mit Tereza Suker* (Name von der Redaktion geändert)

Seite 4

Zwei neue Broschüren des MRBB

Seite 5

Open Space – Bündnis gegen Rassismus

* für eine Begriffsklärung zu *People of Color* siehe *Leben nach Migration* Ausgabe Oktober 2011
SPECIAL: *Empowerment*

Der MRBB startet mit einer Überraschung ins neue Jahr: Elena Brandalise, hat sich nach sechs Jahren Geschäftsführung beim MRBB für eine berufliche Veränderung entschieden. Ihre Nachfolge übernimmt Angelina Weinbender. Der Vorstand des MRBB verabschiedet sich von Elena Brandalise, und heißt Angelina Weinbender willkommen:

Wir wollen keine lange Aufzählung, all dessen was der MRBB Elena zu verdanken hat, vorlegen. Eine solche Liste würde hier den Rahmen sprengen. Zudem wäre es Elena vermutlich unangenehm, zeichnet sie sich doch neben ihrer vielen Talente, dadurch aus, dass sie nicht viel Aufhebens um ihre Person macht. Die Art und Weise mit welcher Elena zur Professionalisierung und Ausweitung des Wirkungskreises des MRBB beigetragen hat, möchten wir aber in jedem Fall hervorheben und honorieren. Die Geschäftsführung beim MRBB erfordert ein hohes Maß an Komplexität. Elena konnte zehn Dinge auf einmal koordinieren, ohne den Überblick zu verlieren. Gestresst wirkte sie dabei nicht, sondern verzauberte einen nebenbei mit ihrer erfrischenden und offenen Art. Das Politische kam trotz der vielfältigen Alltagsaufgaben bei ihr nie zu kurz, sie kämpfte hartnäckig für die Stärkung der Rechte von POC* in Deutschland, mit einer Durchsetzungskraft und Geduld, für die man sie nur beneiden kann. Empfohlen wurde sie von ihrem Vorgänger, Dr. Philipp Schwertmann, dessen Urteil wir damals vertrauten. Wir wussten aber nicht, dass Elena mit ihrer inhaltlichen und organisatorischen Kompetenz die Maßstäbe so hoch setzten würde. Egal, ob es um die Kommunikation mit den Mitgliedern, die Planung von Veranstaltungen, das Verhandeln mit Geld- und Auftraggeber_innen, die Ver-

waltung von Projekten, die Redaktion des Newsletters, Broschüren und der Webseite oder um den Zuwachs von Mitarbeiter_innen ging, auf Elena war immer Verlass. Sie hat für den Vorstand die Themen so aufgearbeitet, dass wir es meist nur noch abnicken konnten. Elena hat entscheidend zu dem beigetragen, was der MRBB heute leistet und was er nach außen repräsentiert. Über ihren Weggang sind wir traurig und müssen dennoch nicht um die Zukunft des MRBB bangen. Denn auf Elena war auch immer Verlass was ihre Mitarbeiter_innenauswahl betrifft: So suchte sie sich stets Menschen aus, die sich neben fachlichen Kenntnissen durch Ausstrahlung und Sensibilität auszeichnen. Elena hat Angelina Weinbender als ihre Nachfolgerin vorgeschlagen. Angelina arbeitet seit über einem Jahr als Projektkoordinatorin für den MRBB. Zudem ist es insbesondere ihr Verdienst, dass der MRBB immer öfter zentrale gesellschaftliche Themen aus einer POC – Perspektive in die Öffentlichkeit bringt. Sie hat sich bereits durch Verlässlichkeit und ein gutes Gespür ausgezeichnet. Nun beweist sie zudem Mut, denn die Geschäftsleitung des MRBB ist mit Sicherheit keine leichte Aufgabe. Elena hat die Maßstäbe hoch gesetzt, aber wir zweifeln keinen Moment daran, dass Angelina genau die Richtige für ihre Nachfolge ist. Wir sind sehr froh darüber, dass sie die Geschäftsführung ab dem 1.2.2012 übernimmt, und möchten sie hiermit herzlich als neue Geschäftsführerin begrüßen.

Liebe Elena, wir wünschen Dir für Deine neue Stelle an der *Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin* von Herzen nur das Beste, und dass Du all das erreichst, was Du Dir wünschst. *MRBB Vorstand*

Kein Wir ohne Uns

Fallbeispiel aus der Beratung des MRBB

Jugendliche of Color erhalten immer seltener einen Ausbildungsplatz, denjenigen ohne deutsche Staatsbürgerschaft droht damit die Abschiebung. Seit 1993 ist der „Anteil der nicht-deutschen Auszubildenden an allen Auszubildenden in Berlin“ (*siehe Tabelle am Ende des Textes) um mehr als die Hälfte gesunken. „Im gleichen Zeitraum [ist] der Anteil der ausländischen Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 25 Jahren gesunken“ (Integrationsmonitor 2009). Dieser Rückgang ist kein Erfolg gelungener Einbürgerungspolitik, sondern Ausdruck der rigorosen Abschiebepolitik in Berlin.

Die Ausländerbehörde entzog auch der 23jährigen Tereza Suker die Aufenthaltsberechtigung. Tereza lebt seit über 17 Jahren mit ihrer Mutter und ihrer jüngeren Schwester in Deutschland. Die Großeltern wohnen ebenfalls in Berlin. Geboren ist sie in Kroatien. Ihre gesamte Schullaufbahn hat sie in Berlin absolviert. Als sie im Januar 2011 ihre Aufenthaltsbefugnis verlängern wollte, wurde dem nicht stattgegeben. Begründung: die Risiken für die „öffentliche Hand“ wiegen schwerer als der Eingriff in das Privat- und Familienleben der jungen Frau.

Im November 2011 hat sie eine Grenzübertrittsbescheinigung (GÜB) bekommen und musste ihren Pass abgeben. Seit dem hat sie keine Chance einen Job oder einen Ausbildungsplatz zu finden. Ironischerweise wird jedoch genau das von der Berlinerin verlangt, wenn sie in Deutschland bleiben will. Ein Teufelskreis. Tereza hat Angst und kann nachts nicht mehr schlafen, aufhören zu kämpfen wird sie dennoch nicht, denn zu dem Land, welches die Ausländerbehörde als ihre „Heimat“ bezeichnet, hat sie keinerlei Bezug.

„Ich fühle mich, als ob ich nichts wert bin“

Deine Familie ist seit 1994 in Berlin. Damals habt ihr eine Duldung aus humanitären Gründen bekommen. 2001 habt ihr dann alle eine Aufenthaltsbefugnis erhalten. Anfang 2011 hast du eine Verlängerung beantragt, deine Mutter hat sie bekommen, du aber nicht. Wie hast du dich gefühlt, als sie auf dem Amt plötzlich von Abschiebung sprachen?

Tereza Suker (T. S.): Ich kann das schwer beschreiben. Als die Sachbearbeiterin mir sagte, dass ich wahrscheinlich abgeschoben werde, da konnte ich es erst mal nicht glauben. Ich wollte ihr gegenüber keine Gefühle zeigen. Sobald ich draußen war, hab ich geheult, auf dem ganzen Nachhauseweg.

Laut einem Schreiben der Ausländerbehörde sei dir ein Leben in deiner „Heimat“ zuzumuten, weil du noch jung bist und sich somit keine „unüberwindbaren Hindernisse“, welche eine „Integration in die Lebensverhältnisse“ in Kroatien unmöglich machen, gegeben seien. Wie siehst du das?

T.S.: In Kroatien haben wir Niemanden. Ich wüsste überhaupt nicht, wo ich dort

hin sollte. Kroatisch spreche ich auch nicht wirklich. Das Schlimmste für mich ist, dass ich weg von meiner Familie und von meinen Freunden wäre. Ich würde dort überhaupt nicht klar kommen, ich glaub ich würde verrückt werden.

Sie räumen in dem Schreiben zwar ein, dass eine Beendigung deines Aufenthaltes in dein Recht auf Familienleben eingreift, aber nicht unverhältnismäßig. Ihr könntet euch ja Briefe schreiben, telefonieren und gegenseitig besuchen.

T.S.: Ja so steht es da drin. Da denkt man doch wirklich, die Menschen dort haben alle kein Gefühl und keine Familien. Alle Menschen, die mir am Herzen liegen sind hier, mein ganzes Leben ist hier. Berlin ist meine Heimat.

Vera Suker (V.S.): Bei jemandem, wie meiner Tochter, die hier seit der ersten Klasse in Deutschland auf der Schule war, die perfekt Deutsch spricht und selbstverständlich nach den Gesetzen lebt, ist es wirklich lächerlich davon zu sprechen, sie sei

nicht integriert. Sie werfen ihr vor, dass sie in keinem Verein ist und begründen damit, dass keine soziale Integration stattgefunden habe.

Ihr habt schon viel Zeit bei der Ausländerbehörde verbracht. Was herrscht dort für eine Stimmung?

T.S.: Wenn man es nicht kennt, dann ist es wirklich schwer es sich vorzustellen. Wir hatten dort immer tierische Angst. Die Angst steht auch den Anderen, die dort sitzen ins Gesicht geschrieben.

V.S.: Wir mussten oft stundenlang warten, manchmal den halben Tag. Die Behandlung hängt von der dem jeweiligen Sachbearbeiter_in ab. Man ist deren Willkür ausgeliefert. Unsere derzeitige Sachbearbeiterin ist sehr unfreundlich und unsachlich, sie macht häufig abwertende Bemerkungen über meine Tochter, so etwas würde ich mir niemals erlauben. Ich erwarte ja nicht, dass sie uns dort mögen, aber ich erwarte zumindest eine Sachlichkeit, und dass man wie ein Mensch behandelt wird, so wie es ja auch im Grundgesetz steht.

Was habt ihr gemacht, nachdem ihr auf dem Amt mitgeteilt bekommen habt, dass der Aufenthalt von Tereza nicht verlängert wird?

V.S.: Ich war sauer. Irgendwie auf alle und auch auf Tereza. Ich war einfach nur durcheinander. Ich konnte auf dem Nachhauseweg erst mal nichts sagen.

Das Hauptargument der Ausländerbehörde ist das wirtschaftliche Risiko, welches du angeblich für Deutschland darstellst. In ihrem Schreiben sprechen sie dir jegliche wirtschaftliche Integration ab und prognostizieren dir, dass du mit großer Wahrscheinlichkeit auf Transferleistungen angewiesen sein wirst. Der Fakt, dass du keinerlei Leistungen beziehst genüge nicht. Sie haben dir eine Auflage gegeben, dass du ein Mindesteinkommen von 1200 € Brutto pro Monat verdienen musst. Keine leichte Aufgabe, direkt nach der Schule in den heutigen Zeiten.

T.S.: Ja, ich hatte ja zuletzt einen Job, bei Mc Geiz, allerdings auf 400 € Basis, aber da meinten sie das würde nicht ausreichen.

V.S.: Nicht nur das, sie sprachen in einer herablassenden Art und Weise über meine Tochter und ihre Bemühungen. Man könne schon am Namen der Firma erkennen, dass meine Tochter damit niemals genug Geld verdienen wird.

Den Job hast du dann von einem auf den anderen Tag verloren, weil es deiner Chefin zu unsicher war?

T.S.: Ja, einfach so. Ich hab es erfahren, als ich zu meiner Schicht bin. Da saß schon jemand anderes an der Kasse. Die Kündigung erhielt ich dann zwei Tage später per Post. Die Chefin sagte, es tue ihr sehr leid, aber es sei ihr alles zu unsicher, weil sie ja nicht wissen könne, wann ich Deutschland verlassen muss. Dass war wirklich schlimm für mich, aber zu ihr hab ich gesagt, dass es in Ordnung ist, was soll ich da denn auch noch viel rum diskutieren. Aber ein Schock

war es in jedem Fall, wieder so eine Situation, in der ich mir einfach nur dachte, was passiert hier gerade.

Du fühlst dich ziemlich ausgeliefert?

T.S.: Ja. Vielleicht habe ich mich irgendwie auch schon daran gewöhnt, abgelehnt zu werden. Es ist wirklich Quatsch mir zu prognostizieren, dass ich keinen Job finden kann. Ich würde schon was finden. Bei Mc Geiz haben so viele Kunden zu mir gesagt, wie freundlich ich bin, sind an der Kasse stehen geblieben und haben noch mit mir geredet. Also eigentlich bin ich zuversichtlich, dass ich da bald was finden würde. Aber wenn ich mich jetzt irgendwo bewerbe oder zum Vorstellungsgespräch gehe, dann wollen die natürlich einen Ausweis sehen, und wenn ich dann diesen Zettel, diese GÜB vorzeige, dann schauen die natürlich auch erst mal komisch. Da steht drauf, dass ich abgeschoben werde, und dass es jeder Zeit passieren kann. Wer nimmt mich denn da noch?

Was würdest du denn gerne machen?

T.S.: Eine Ausbildung zur Verkäuferin im Textilbereich. Als Verkäuferin habe ich ja schon gearbeitet und das hat mir immer Spaß gemacht. Ich habe auch schon viele Bewerbungen abgeschickt. Bisher leider nur Absagen.

Wie fühlen Sie sich dabei, dass hier so massiv in das Leben ihrer Tochter und das ihrer Familie eingegriffen wird?

V.S.: Ehrlich gesagt, empfinde ich das Ganze wie einen sehr schlechten Film. Ich frage mich wirklich, wie man auf die Idee kommt, einen Menschen, der sein ganzes Leben hier gelebt hat auf einmal abschieben zu wollen. Da wäre es doch sogar humaner gewesen sie hätten uns nach 2 oder 3 Jahren abgeschoben. Aber nach 17 Jahren? Das ist unmenschlich. Meine Tochter wird jetzt wie eine Verbrecherin vor Gericht erscheinen müssen,

und alles was sie verbrochen hat ist, dass sie keine Ausbildungsstelle hat.

Wisst ihr denn schon wie es jetzt weiter geht?

T.S.: Ich weiß es nicht genau, aber irgendwie muss es ja weiter gehen. Ich werde mich weiterhin bemühen einen Job oder einen Ausbildungsplatz zu bekommen, auch wenn ich nicht daran glauben kann. Und ansonsten müssen wir auf die Gerichtsverhandlung warten, aber einen Termin haben wir dafür noch nicht bekommen. Ich weiß nicht, wie das vor Gericht sein wird, ich war ja noch nie dort. Meine Familie und meine Freunde werden alle mitkommen. Dass ist sehr wichtig für mich. Ich werde in jedem Fall weiter dafür kämpfen hier zu bleiben, schließlich ist das hier mein Zuhause.

Wir wünschen Dir und Deiner Familie viel Kraft dabei. Vielen Dank für das offene Gespräch.

Das Gespräch führte Sabine Bretz

** Anteil von Auszubildenden of Color ohne deutschen Pass sinkt jedes Jahr.*

Jahr	Auszubildende insgesamt	davon Ausländer/-innen	In %
1993	54991	4864	8,8
1995	56165	4507	8
1997	60004	3689	6,1
1999	62904	3393	5,4
2001	61942	3200	5,2
2003	57694	2741	4,8
2004	56687	2576	4,5
2005	55458	2320	4,2
2006	55334	2288	4,1

Anteil der nicht-deutschen Auszubildenden an allen Auszubildenden in Berlin

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Berliner Integrationsmonitor 2009, S. 7

Migrationsrat Berlin-Brandenburg

Oranienstr. 34
10999 Berlin

TELEFON:
030 / 61658755

FAX:
030 / 61658756

E-MAIL:
presse@mrbb.de

Herausgeber: MRBB

Redaktion:
Angelina Weinbender (aw),
Sabine Bretz (sb),
Elena Brandalise (eb),
Nuran Yiğit,
Claudia Hahn,
Pavao Hudik

*Texte können verwendet und ver-
vielfältigt werden, sofern die Quelle
angegeben ist.*

Über den MRBB

Der Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB), ein Dachverband mit 76 Mitgliedsorganisationen, versteht sich als Interessenvertretung von „Migrant/innen“ und ihren Angehörigen und setzt sich für ihre rechtliche, soziale und politische Gleichstellung ein. Themen des MRBB sind u.a. Partizipation, Bildung, Medien und Empowerment. Der Newsletter erscheint monatlich und ist als Informationsmedium an alle direkten oder indirekten Mitglieder und darüber hinaus an Multiplikator/innen und Interessierte gerichtet. Für Mitglieder gibt es monatlich einen Redaktionstag, an dem sie ihre Anliegen für den Newsletter thematisieren können. Artikel können unverbindlich an presse@mrbb.de gesandt werden.

www.mrbb.de

Veröffentlichung zweier Broschüren

Der MRBB veröffentlichte im Januar 2012 mit Unterstützung des Büros des Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration zwei Broschüren, die Rassismus in Deutschland und Berlin als Alltagsphänomen sichtbar machen.



Die Broschüre **Institutioneller Rassismus - Ein Plädoyer für deutschlandweite Aktionspläne gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung** zeigt rassistische Ausgrenzungen, Benachteiligungen und Herabsetzungen in gesellschaftlich relevanten Einrichtungen auf und analysiert, wie diese ausgehandelt und verwaltet werden. Die Darstellung unterschiedlicher Bündnisse und Initiativen verweist nicht nur auf den dringenden Handlungsbedarf gegen Rassismus, sondern zeigt zugleich Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Gegenstrategien und damit verbundener Grenzen auf. Grenzen, die sich ohne entsprechende Änderungen von Gesetzen und behördlichen Abläufen nur schwer einreißen lassen. Der MRBB plädiert daher für deutschlandweite Aktionspläne gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung (LAPgR), die darauf zielen rassistische Benachteiligungen und Ausgrenzungen in den Fluren der Verwaltung zu benennen und den damit verbundenen

Sabine Bretz ist die neue Nachfolgerin von Deniz Utlü in der Redaktion des Newsletters.

Lieber Deniz, der Newsletter hat Dir nicht nur seinen einzigartigen Namen zu verdanken, sondern auch wichtige Impulse, Einsichten und Ausblicke, die wir auch in Zukunft nicht missen möchten. Wäre schön, wenn wir Dich hin und wieder auf unseren Seiten lesen könnten.

Liebe Sabine, wir freuen uns auf Deine zündenden Ideen, einleuchtenden Gedanken und einfühlsamen Artikel und wünschen Dir viel Freude mit uns.

Handlungsbedarf zu definieren. Hierfür werden in der Broschüre auch die zivilgesellschaftliche Arbeit sowie die bisherigen Ergebnisse des Berliner LAPgR dargestellt.

Zu den Autor_innen gehören u.a. Nuran Yiğit, Koray Yılmaz-Günay, Moritz Schelckes, Fadia Foda, Angelina Weinbender, Jonas Feldmann, Eva Maria Vazquez Andrades, Halil Can, Serdar Yazar und Mutlu Ergün.



In der Broschüre **Leben nach Migration** sind unterschiedliche Beiträge des Newsletters des MRBB zusammengefasst. Die darin enthaltenen Erfahrungsberichte, Begriffsklärungen und Diskursanalysen sollen dabei helfen, vorherrschende Debatten zu dekonstruieren und Wege zur Stärkung der politischen, kulturellen und sozialen Partizipation von POC aufzeigen. Damit liefert die Broschüre nicht nur einen umfassenden Einblick in die inhaltliche Arbeit des MRBB, sondern spiegelt darüber hinaus den Alltag von POC, die Realität von Rassismus und Mehrfachdiskriminierung, die erfahrene Wertschätzung und Empowerment wider. Die dokumentierten Erfolge zeigen, dass es sich lohnt diese Wege zu beschreiten.

Die Broschüren sind kostenlos auf der Homepage des MRBB www.mrbb.de verfügbar.



Open Space –

BÜNDNIS GEGEN RASSISMUS

Am 17.11.2011, nach bekannt werden der mörderischen Verflechtung von Sicherheitsorganen und Neonazis im Zusammenhang mit den rassistischen Serienmorden zwischen 2000 und 2007, rief der Migrationsrat zur Gründung eines Bündnisses gegen Rassismus und einer Demonstration im Gedenken an die Opfer auf. Dem Aufruf folgten zahlreiche Vereine, Initiativen, Parteien und Einzelpersonen. Mit der Demonstration am 10.12.2011, als erste gemeinsame Aktion des Bündnisses gegen Rassismus, konnte eine breite Öffentlichkeit erreicht werden.

Am 22.01.2012 veranstaltete das Bündnis einen gemeinsamen Open Space, bei dem es darum ging das politische Selbstverständnis, die Pressearbeit, weitere Aktionen, die Kommunikation, mögliche Strukturen usw. des Bündnisses zu klären. Anwesend waren ca. 40 Vertreter_innen unterschiedlichster Organisationen und Einzelpersonen. Von zentraler Bedeutung war dabei die Diskussion über, auch im Bündnis vorhandene, Dominanzverhältnisse und die damit verbundenen Rollen und Aufgaben der beteiligten Organisationen und Einzelpersonen. Als ein erstes Resümee lässt sich festhalten, dass sich an der ursprünglichen Intention, ein Bündnis zu schaffen, in dem sich People of Color (POC) und Migrant_innenselbstorganisationen (MSO) artikulieren können, nichts geändert hat. Ziele und Wege des Bündnisses werden von POC und MSOs selbst bestimmt, weiße Organisationen dienen dabei als Unterstützer_innen, um die so vorgegebenen Themen in einer breiteren Öffentlichkeit zu platzieren.

Darüber hinaus wurden zahlreiche Ideen und mögliche Aktionen für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zusammengetragen. Sie sollen einerseits verhindern, dass die Ereignisse um die rassistischen Serienmorde in der Öffentlichkeit in Vergessenheit geraten und andererseits POC dabei empowern sich gegen Rassismus zu Wehr zu setzen. Des Weiteren wurde eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, in der die seit November 2011 geführte Debatte und daraus gezogene Schlussfolgerungen und Konsequenzen analysiert werden sollen. Der 21.3.2012 (Internationaler Tag gegen Rassismus) wurde als nächster gemeinsamer Aktionstag für das Bündnis festgehalten. Welche der vielen beim Open Space erarbeiteten Aktionen das letztendlich sein werden, wird in einer entsprechenden Arbeitsgruppe vorbereitet und beim nächsten Gesamtplenum des Bündnisses gegen Rassismus am 8. Februar um 19 Uhr im Migrationsrat vorgestellt. *aw*



Knapp 1000 Menschen marschierten zum Brandenburger Tor, um ein Zeichen gegen Rassismus im Alltag und Institutionen in Deutschland zu setzen.

Foto von Sabine Bretz



Start der Demonstration in der Nähe des Alexanderplatzes.

Foto von Sabine Bretz